

## Positionspapier der CDU Spree-Neiße

### Die besondere Bedeutung der Energiekrise für Brandenburg und die Lausitz

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine stellt die Politik vor ungeahnte Herausforderungen. Gleichzeitig legt die Ampelregierung mehr Wert auf die Wahrung ihrer Ideologien als auf realpolitische Lösungen. Die Inflation und die ungewisse Energieversorgungslage bewegen die Menschen in ganz Deutschland. Im Osten der Bundesrepublik wiegen die dadurch bedingten Probleme und Sorgen aus verschiedenen Gründen jedoch noch schwerer als ohnehin:

#### ***Starke Abhängigkeit von russischen Energielieferungen***

Historisch bedingt ist der Osten der Bundesrepublik bei der Versorgung mit Öl und Gas durch die vorhandene Infrastruktur stärker von russischen Energielieferungen abhängig. Dies zieht vor allem besondere Schwierigkeiten bei der Sicherung der Versorgung der ostdeutschen Raffinerien in Schwedt und Leuna mit Öl nach sich.

#### ***Hohe Netzentgelte in dünn-besiedelten, ländlichen Regionen und einen hohen Anteil erneuerbarer Energien***

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung ist in den neuen Bundesländern besonders hoch. Ökostrom-Anlagen werden vorrangig im ländlichen Raum gebaut, was zu einem höheren Aufwand beim Ausbau des Verteilernetzes führt. Die Netzbetreiber geben diese Kosten regional an die Kunden weiter. Das führt zu höheren Netzausbau-Kosten in Regionen, in denen die Bevölkerungsdichte gleichzeitig viel geringer ist und betrifft vor allem die Menschen in Ostdeutschland. Während man 2022 in Brandenburg bei einem jährlichen Verbrauch von 5.000 kWh insgesamt 517 EUR Netznutzungsentgelt zahlen muss, belaufen sich die durchschnittlichen Kosten in Deutschland hierfür auf 398 EUR. Das Netznutzungsentgelt ist damit in Brandenburg rund 30 % höher als im Bundesdurchschnitt.

#### ***Stärkere Abhängigkeit vom Auto***

Die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist in den ostdeutschen Bundesländern schlechter. Erhebungen belegen, dass der Anteil an Menschen, deren Wohnung entweder maximal 600 m zu einer Bushaltestelle oder 1.200 m zu einer Bahnhaltestelle entfernt liegt, ist in den fünf neuen Ländern mit 84,8 % in jeder Hinsicht unterdurchschnittlich: Sowohl der Bundesdurchschnitt mit 89,7 % als auch der Durchschnitt unter den Flächenländern von 87,8 % liegen darüber. Besonders deutlich werden die Unterschiede, wenn man das Schlusslicht Mecklenburg-Vorpommern (74,6 %) mit den Spitzenreitern Berlin (99,5 %) und Hamburg (99,1 %) vergleicht. Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist viel stärker auf das Auto angewiesen und muss längere Pendlerstrecken in Kauf nehmen. Während 2018 der deutschlandweit durchschnittliche Arbeitsweg 16,9 Kilometer betrug, legten Beschäftigte in Brandenburg im Durchschnitt mehr als 30 Kilometer zurück. Im Ergebnis leiden die Bürgerinnen und Bürger in den neuen deutschen Ländern also stärker unter den hohen Preisen für Benzin und Diesel.

#### ***Stärkere Betroffenheit durch geringere Einkommen***

Die Preissteigerungen und die zunehmende Inflation treffen die Menschen in Ostdeutschland auf Grund des insgesamt geringeren Lohnniveaus in besonderem Maß (der durchschnittliche Bruttolohn in Ostdeutschland lag im Jahr 2020 noch immer nur bei 85,8 % des westdeutschen

Niveaus). Durch die geringeren Einnahmen können weniger Rücklagen gebildet werden. Daher sehen die Menschen den zu erwartenden hohen Energienachzahlungen mit großer Sorge entgegen. Gleiches gilt für Unternehmer, die um die Weiterführung ihres Betriebes bangen. Verstärkt wird die Angst nach 30 Jahren Aufbauarbeit abermals die wirtschaftliche Existenz zu verlieren.

### ***Unzureichendes politisches Handeln als Gefährdung für den Zusammenhalt***

Die Angst um die eigene wirtschaftliche Existenz und die schwierige wirtschaftliche Gesamtsituation droht zudem, soziale Konflikte zu verschärfen und die Solidarität mit der Ukraine schwinden zu lassen. Umfragen zeigen, dass die Bewertung der Russland- und der Ukrainepolitik im Osten Deutschlands anders ausfällt als im Westen. Es ist dringende Aufgabe der Politik, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen und bei Entscheidungen zu berücksichtigen. Es sind alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten und die wirtschaftliche Lage zu verbessern.

### ***Der Strukturwandel darf der wirtschaftlichen Rezession nicht zum Opfer fallen***

Der deutschen Wirtschaft droht infolge des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise eine Rezession. Gleichzeitig steht die Lausitz in den kommenden Jahren weiter vor der enormen Herausforderung, den Ausstieg aus der Braunkohle und den damit verbundenen Strukturwandel umsetzen zu müssen. Gerade für die Braunkohleregion kann die aktuelle Lage damit auch eine besondere Bedrohung der Zukunftschancen bedeuten.

**Die Energiekrise und die aktuelle Politik der Ampelregierung gefährden die weitere Entwicklung des Ostens und drohen, die Schere zum Westen wieder zu verbreitern. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Friede durch die aktuelle Politik außerordentlich bedroht. Daher fordern wir:**

1. **An der vereinbarten Zeitplanung für den Kohleausstieg bis 2038 ist zwingend festzuhalten.** Ein früherer Ausstieg aus der Verstromung, ohne Planungssicherheit für Beschäftigte und Unternehmen und einen ausreichenden Zeithorizont würde das Gelingen des Strukturwandels gefährden. Die Energiewende ist noch nicht weit genug vollzogen, um einen früheren Ausstieg aus der Braunkohle zu rechtfertigen. Aktuell wird uns exemplarisch vor Augen geführt, dass unsere Kohlekraftwerke noch immer ein unverzichtbarer Pfeiler der Gewährleistung der Versorgungssicherheit sind.
2. Als universell einsetzbarer Energieträger ist **Wasserstoff ein wichtiger Baustein der Energieversorgung der Zukunft** für unsere heimische Industrie. Grundlage der Herstellung von Wasserstoff in der Lausitz ist eine gesicherte Wasserversorgung. Gegenwärtig ist das Wassereinzugssystem der Spree massiv gefährdet. Mit der Einstellung der Braunkohletagebaue fehlt der Spree Wasser für die Versorgung des südöstlichen Brandenburgs sowie des Großraums Berlin. Nach der Vorstellung des Zwischenberichts zum Gutachten des Bundesumweltministeriums zum Wasserhaushalt der Lausitz muss sofort mit der Umsetzung eines Wasserüberleitungsprojektes begonnen werden.
3. **Alle drei noch laufenden Kernkraftwerke müssen über den 15. April 2023 hinaus mit klar definierter Ausstiegsperspektive so lang weiterbetrieben werden, wie dies für die Versorgung notwendig ist.**  
Der Ausstieg aus der Kernkraft und der Kohleverstromung sollte durch Nutzung von Gaskraftwerken als Brückentechnologie realisiert werden. Die Folgen des Krieges in der Ukraine verlangen eine Umsteuerung, weil ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kernkraft, Kohle und Gas nicht leistbar ist. Die verbliebenen deutschen Atomkraftwerke

produzieren bezahlbaren, verlässlichen und klimaneutralen Strom. Ihr Weiterbetrieb ist technisch, rechtlich sowie finanziell möglich. Jede hiermit produzierte Kilowattstunde hilft bei der Stabilisierung des Strompreises und bei der Sicherung der Versorgung.

4. **Eine ausreichende Versorgung Ostdeutschlands mit Treibstoff muss zu jedem Zeitpunkt gesichert sein.** Deshalb sind alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die PCK Raffinerie in Schwedt auf alternativen Transportwegen vollständig mit der benötigten Menge Öl versorgt wird.
5. Die **Steuerlast für Energie** muss mindestens für den Zeitraum bis März 2024 **gesenkt** werden. Der Staat erzielt durch die steigenden Energiepreise und die Inflation hohe Steuermehreinnahmen. Die Senkung der Mehrwertsteuer nur für den Gasverbrauch reicht nicht aus. Daher sind die Energiesteuer auf Flüssiggas, Erdgas und Heizöl sowie die Stromsteuer auf das durchschnittliche europäische Mindestmaß zu senken.
6. Die **Pendlerpauschale** muss rückwirkend zum 01. Januar 2022 auf 0,60 EUR ab dem ersten Kilometer **erhöht werden** und auch alternative Mobilitätsformen (z.B. Car-Sharing) berücksichtigen. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs muss besonders in den ländlichen Regionen weiter vorangebracht werden. Dafür ist die Ausfinanzierung des Landesnahverkehrsplans und der Verkehrsinfrastrukturprojekte im Strukturwandel Lausitz sicherzustellen.
7. Die Bundesregierung muss unverzüglich ein verlässliches, für die Wirtschaft und die Bürger **nachvollziehbares Energieversorgungskonzept** vorlegen und darlegen, welche Energielieferungen sie zum Ersatz russischen Gases und Öls gesichert hat und wie dem Osten Deutschlands das (ersatzweise) beschaffte Gas und Öl zugänglich gemacht werden soll.
8. Die Beheizung von Gebäuden ist ein maßgeblicher Faktor bei der Sicherung der Energieversorgung. Es bedarf es einer **Verstärkung der Förderung von Heiztechnologien wie Wärmepumpen und Geothermie bei Neubauten ebenso wie bei Bestandsgebäuden.** Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet sowie die Bemühungen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren müssen intensiviert werden.
9. Längerfristig muss die **Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien** durch einen je nach Standort geeigneten **Ausbau von Speichern an Wind- und Solarparkanlagen** sowie durch den Einsatz digitaler Steuermechanismen ermöglicht werden.
10. Eine bundesweite Reform **der Netzentgelte ist dringend umzusetzen.** Es darf nicht sein, dass besonders ländliche Regionen benachteiligt werden, die viel erneuerbare Energie erzeugen, da höhere Kosten für den Netzausbau an die regionalen Verbraucher weitergegeben werden. Hier ist ein Ausgleichssystem zu schaffen, auch um die Zustimmung der Bürger für den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien zu erhöhen.